

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/115

21. Juni 1977

Ein Aufgabenbündel für die Regierung

Bemerkenswerte beschäftigungspolitische Beschlüsse der
AfA-Bundeskonferenz lassen aufhorchen

Von Egon Lutz MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozial-
ordnung

Seite 1 und 2 / 85 Zeilen

Strauß verfeinert seine Herrschaftsform

Bedrohliche Fernlenkung der bayerischen CSU-Regierung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Bayern im Bundestag

Seite 3 / 25 Zeilen

Eindämmung des Verkehrslärms tut not

Reduzierung des Lärmpegels europaweit anstreben

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 4 / 42 Zeilen

Die Sicherung der Balance

NATO-Strategie der "flexiblen Antwort" wird weiterentwickelt

Seite 5 / 39 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 125 468
Pressehaus 1, Zimmer 217-024
Telefon: 01 90 35-39
Telex: 05 05 000-00 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 10B-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Ein Aufgabenbündel für die Regierung

Bemerkenswerte beschäftigungspolitische Beschlüsse der
Afa-Bundeskonferenz lassen aufhorchen

Von Egon Lutz MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit- und Sozialordnung

Vor den über 300 Delegierten der Saarbrücker Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD hatte der Kanzler gesagt, Beschlüsse der Afa hätten ein sehr viel größeres Gewicht und würden sehr viel sorgfältiger gelesen, als Kundmachungen manch anderer Arbeitsgemeinschaften. Diese Aufmerksamkeit honorierten die Delegierten mit sehr präzisen, sehr überlegten und manchmal auch über gewohnte Denkschemata hinausreichenden Beschlüssen. So zum Problem der aktiven Beschäftigungspolitik, einen der Hauptgegenstände der Konferenz. Es ist vielleicht gut, in Erinnerung zu rufen, was in Saarbrücken beschlossen wurde.

- 1/ Die Afa ist der Auffassung, daß eine aktive Konjunktur-, Finanz-, Steuer-, Energie-, Wohnungsbau-, Investitions- und Personalpolitik aller öffentlichen Hände auf das Ziel der Wiedererringung der Vollbeschäftigung konzentriert werden müsse. Man meint, daß die "Selbsteilungskräfte des Marktes" allein nicht ausreichen würden. Es käme auf öffentliche Investitionen zur Belebung der Nachfrage und auf die Orientierung der Investitionspolitik an den veränderten Nachfragestrukturen an. Kaum noch verhüllt wird einer sehr viel präziser gesteuerten Investitionspolitik das Wort geredet.
- 2/ Die Afa fordert eine konsequente Politik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausweitung, und ermuntert die Gewerkschaften durch ihre Lohnpolitik maßgeblich dazu beizutragen. Inflationsängste, so wird lapidar bemerkt, seien unangebracht. Ein Dissens zu Friderichs Maßhalteappellen ist unüberhörbar.
- 3/ Die Afa fordert über das 60-Milliarden-Programm Zukunftsinvestitionen hinaus ein "Sofortprogramm zur Förderung der Beschäftigung mit einem ausreichenden Finanzvolumen". Die öffentliche Hand soll eine eindeutig antizyklische - und damit expansivere Haushaltspolitik - betreiben. Dies Bund, Ländern und Gemeinden ins Stammbuch. Von der Bundesbank wird erwartet, daß sie bei ihrer Geldpolitik sich künftig neben dem Stabilitätsziel auch dem Vollbeschäftigungsziel gleichrangig verpflichtet fühlt. Der Dissens zum bisherigen Verhalten der Bundesbanker wird deutlich herausgearbeitet.
- 4/ Die Strukturpolitik, so befindet die Afa, müsse stärker an gesellschaftlichen Schwerpunkten orientiert und auf die Schaffung zu-

kunftssicherer Arbeitsplätze ausgerichtet werden. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze sei überhaupt Hauptbedingung der Strukturförderung.

- 5/ Mit einem arbeitsmarktpolitischen Vorschlagsbündel befindet sich die AFA weitgehend in Übereinstimmung mit den beschäftigungspolitischen Vorschlägen der SPD-Fraktion. Man will die mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Arbeitsmarktmitteln durch Unternehmen und Betriebe verhindern, die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wesentlich erhöhen, für alle Jugendlichen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen schaffen, die finanziellen Einschränkungen im Arbeitsförderungsgesetz zurücknehmen und das Weiterbildungsangebot für Arbeitnehmer weiter ausbauen. Scharf werden alle Versuche zurückgewiesen, anhand von Einzelbeispielen das Gros der Arbeitslosen als arbeitsscheu zu diffamieren. Die Arbeitsvermittlung solle personell verstärkt und auch vor Ort, also in den Betrieben, stattfinden. Benachteiligte Gruppen sollten durch Lohnkostenzuschüsse zusätzlich gefördert werden. Die Vermittlung dürfe keine inhumanen Züge annehmen.
- 6/ Bemerkenswert ist die AFA-Forderung, das Kurzarbeitergeld über die Zweijahresfrist hinaus zu verlängern. So weit hatte sich die Fraktion nicht vorgewagt. Bemerkenswert ist auch, daß die Delegierten nahezu geschlossen für eine Arbeitsmarktabgabe von allen am Erwerbsleben Beteiligten eintraten. Und sehr bedeutsam ist die Forderung, daß die Beschäftigung im öffentlichen Dienst in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit eher zunehmen als abnehmen müsse. Rationalisierungsfreisetzungsmüssen durch Beschäftigungsausweitungen in anderen öffentlichen Bereichen ausgeglichen werden.
- 7 / Auch die AFA setzt auf eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und weist folgende Wege: Einführung eines 10. Pflichtbildungsjahres und eines allgemeinen gesetzlichen Bildungsurlaubs, Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, Neuregelung der gültigen Arbeitszeitordnung sowie schärfere Handhabung bei der Genehmigung von Überstunden. Die Tarifparteien werden aufgefordert, Produktivitätsfortschritte für eine Verkürzung der Jahresarbeitszeit zu nutzen.
- 8/ Familienpolitisch zuvörderst, aber auch arbeitsmarktpolitisch könnte schließlich die Forderung gewertet werden, ein Baby-Jahr für alle berufstätigen Mütter einzuführen.
- 9/ Neben einer Fülle von Vorschlägen zur Humanisierung der Arbeitswelt findet sich eine bemerkenswerte EntschlieÙung zur Schichtarbeit in den AFA-Papieren. Eine Arbeitsgruppe des AFA-Bundesvorstandes wird eingesetzt, um dazu beizutragen, mit Vorschlägen gesetzlicher und tariflicher Regelungen eine Verbesserung der Situation der Schichtarbeiter zu erreichen. Zusätzliche Belastungsfaktoren (wie Lärm, Hitze, Staub, Monotonie am Arbeitsplatz) sollen abgebaut, die Arbeitszeit für Schichtarbeiter soll verkürzt werden.

Man sieht, es lohnt sich, den AFA-Vorschlägen die geschärfte Aufmerksamkeit zuzuwenden, die der Bundeskanzler den Saarbrücker Delegierten verheiÙen hatte. Viel Arbeit kommt auf die Regierung zu. Sie wird sich der Herausforderung gewachsen zeigen.

(-/21.6.1977/va-he/lo)

Strauß verfeinert seine Herrschaftsform

Bedrohliche Fernlenkung der bayerischen CSU-Regierung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Bayern im Bundestag

Die parteipolitische Orientierung der bayerischen Staatsregierung und ihre Fernlenkung durch Strauß nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Jüngstes Beispiel ist ihre Ankündigung, gegen das Ausbildungsplatzförderungsgesetz Klage beim Bundesverfassungsgericht zu erheben.

Dieser Schritt unterscheidet sich grundsätzlich von früheren fremdbestimmten Initiativen des Coppel-Kabinetts. War für solche Entscheidungen der bayerischen Ministerrunde allemal ein unüberhörbares Machtwort des CSU-Vorsitzenden erforderlich, so genügt jetzt schon ein Hinweis des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Friedrich Zimmermann. Es ist kein Zufall, daß die Kabinettsentscheidung der Forderung Zimmermanns in einem Rundschreiben an die Mitglieder der CSU-Landesgruppe auf dem Fuße folgte. Strauß verfeinert also seine Herrschaftsform: Er verzichtet auf Eigenbefehle an die Staatsregierung, er läßt befehlen. Und Ministerpräsident Coppel fügt sich. Seine Widerstandskraft scheint damit erschöpft zu sein, die Forderungen nach seinem vorzeitigen Rücktritt abzuwehren.

Auf der Strecke bleiben die berechtigten Anliegen der Jugendlichen. Gefälligkeitserklärungen, Ankündigungen und Programmentwürfe sichern und schaffen keine Ausbildungsplätze. Auch der Gang nach Karlsruhe nicht. Was bezweckt also die CSU? Eine Antwort liefert die Erklärung der Staatskanzlei, Bayern werde unabhängig von der Klage einen "ordnungspolitisch ausgewogenen Gesetzentwurf" zur steuerlichen Förderung des Ausbildungsplatzangebots vorlegen. Im Klartext: Die CSU-Regierung betätigt sich wieder als Lobbyist für Großunternehmen, die offenbar nicht mehr gewillt sind, die alternativ zur Ausbildungsabgabe versprochenen zusätzlichen 100.000 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Ausbildung in den Betrieben soll voll und ganz den Steuerzahlern aufgebürdet werden.

(-/21.6.1977/ks/ca)

+ + +

Eindämmung des Verkehrslärms tut not

Reduzierung des Lärmpegels europaweit anstreben

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Sommerzeit mit ihrer "offeneren Lebensweise" bringt immer wieder berechtigte Klagen über die Lärmbelastigungen durch Motorräder, Mopeds und Autos. Die Tatsache, daß Untersuchungen ergeben haben, daß der von Kraftfahrzeugen verursachte Lärm hundertprozentige Unterschiede aufweist, zeigt, daß es durchaus technische Möglichkeiten gibt, lärmschwache Kraftfahrzeuge zu betreiben.

Nach dem derzeitigen Stand der Technik ist es ohne weiteres möglich, die zur Zeit geltenden Geräusch-Grenzwerte um etwa drei Dezibel (A) zu senken. Drei Dezibel (A) aber stellen eine Größenordnung dar, die immerhin etwa einer Verdoppelung der Geräusches-Wahrnehmung gleichkommt, also bereits eine durchaus bemerkenswerte Reduzierung des Lärmpegels möglich wäre.

Ein nationaler Alleingang der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft ist jedoch nicht möglich und wäre wirkungslos. Es bleibt nur der Weg über die EG-Organen und über eine Änderung bzw. Ergänzung der entsprechenden und seit dem 6. Februar 1976 bereits bestehenden EG-Bestimmungen.

Insbesondere auf deutsche Initiative hin wird der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über den zulässigen Geräuschpegel und die Auspuffvorrichtung von Kraftfahrzeugen in Brüssel mit Vorrang behandelt. Es wurde auch veranlaßt, in diesem Zusammenhang die Geräuschentwicklung der Fahrräder mit Hilfsmotor in derselben Richtlinie zu regeln.

Da bereits seit einigen Jahren die EG-Organen sich mit dieser Frage beschäftigen, sollte die Bundesregierung darauf drängen, daß der Rat noch in diesem Jahr diese Richtlinien verabschiedet, die wesentlich schärfere Anforderungen enthalten als unsere nationalen Vorschriften und die der übrigen Mitgliedstaaten.

Nur sollte man sich keine falschen Hoffnungen machen. Lediglich die Verabschiedung der verschärften EG-Richtlinien wird noch keine Eindämmung des Verkehrslärms bringen. Es ist dabei auch zu berücksichtigen, daß die von den Kraftfahrzeugen ausgehende Geräuschbelastigung nicht allein von den Grenzwerten für neue Fahrzeuge abhängt, sondern vielmehr auch wesentlich von dem Unterhaltungszustand der Fahrzeuge. Um diesen Unterhaltungszustand besser überwachen zu können, ist die "Richtlinie für die Messung des Standgeräusches von Kraftfahrzeugen im Rahmen der obligatorischen Überwachung nach § 29 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) und der Anlage VIII StVZO" am 16. Dezember 1975 in Kraft gesetzt worden. Mit diesem "Nahfeld-Meßverfahren" ist auch den Polizisten eine sehr einfache, aber zuverlässige Methode zur Feststellung vermeidbarer Lärmbelastigung zur Verfügung gestellt worden. Es ist eine Aufgabe der Innenminister der Länder, ihre Polizei gerade in der Sommerzeit verstärkt darauf hinzuweisen, diese hier gegebenen Möglichkeiten im Sinne eines besseren Lärmschutzes auch zu nutzen.

(-/21.6.1977/va-he/lo)

Die Sicherung der Balance

NATO-Strategie der "flexiblen Antwort" wird weiterentwickelt

Die Feststellung des Bundesverteidigungsministers, daß es bei der NATO-Strategie der "beweglichen Antwort" ("flexible response") bleiben und daß es ohne umfassende gegen- und allseitige Information und vorherige völlige Verständigung auch keine stoppende oder gar retardierende Änderung geben wird, ist nicht nur eine Schlagzeile wert. Hinter Georg Lebers nüchterner Aussage steht die herausragende Tatsache, daß die zeitweiligen Unstimmigkeiten vor allem, aber nicht nur zwischen Bonn und Washington jetzt aus- und weggebügelt sind. Es nützt der Sache nichts, wenn man detailliert nach den Gründen und Urhebern dieser Differenzen fragt; wäre die Sitzung der Nuclear Planning Group in Ottawa anders verlaufen, wäre eine solche Darstellung ganz gewiß notwendig geworden. Die Schlechtwetter-Phase der NATO ist vorüber. Die Kooperation ist gesichert und gefestigt; es gibt kein Aussteigen eines Partners, in welcher Form und mit welcher Motivierung auch immer.

Die Strategie der "beweglichen Antwort" ist seit geraumer Zeit in der "Triade" weiterentwickelt und den vom Osten gesetzten Fakten angepaßt worden. Dieser, dem zunächst als Zahler und/oder später, intensiver, als Wehrpflichtigen betroffenen Staatsbürger unbekanntem und unerklärlichen Begriff (die NATO-Sprache ist einer doch höchst notwendigen Informierung total abträglich) soll besagen, daß die Verteidigung in drei Stufen erfolgen könnte: im konventionellen, im nah-nuklearen und im fern-nuklearen Bereich. Dabei ist es bei der angestrebten Flexibilität der Antwort auf einen Angriff selbstverständlich, daß diese Stufen gegebenen- oder notfalls in einander übergreifen könnten. Freilich bleibt es unbestritten und unbestreitbar, daß die Verteidigung jedenfalls im europäischen Raum der Auftrag und das Problem der konventionellen Waffen ist.

Nach außen, also im Blick nach Osten, ist es erforderlich, die Feststellung Georg Lebers zu ergänzen. Mit voller Unterstützung Bonns und der anderen NATO-Partner intensivieren die USA unter Präsident James Carter ihr Bemühen, SALT II möglichst rasch und zügig zu verwirklichen. Dieses Bestreben schließt die im Anlauf befindlichen Waffensysteme SS X20 und Cruises Missiles ein. Den Sowjets ist deutlich gemacht worden, daß die Nachrichten über ein Vorrücken von SS X20 in den mitteleuropäischen und sogar mitteleuropäischen Raum zu begreiflicherweise höchst negativen Reaktionen im Westen geführt haben, was man in Moskau füglich voraussehen mußte. Die Sowjets sind informiert worden, daß ein weiteres Vorrücken von SS X20 nicht schweigend hingenommen würde. Vabanque-Experimente sind auch dann, wenn man sie im Westen als Augenblickserfolge oder gar Alleingänge der Moskauer "Falken" im militärischen und politischen Bereich einordnet, völlig deplaziert, wenn die Balance nicht gefährdet werden soll. Daran aber ist im Westen und im Osten kein wirklich verantwortungsbewußter Politiker interessiert. Im Gegenteil, wie man zuverlässig weiß.

Erhardt Eckert
(-/21.6.1977/ks/ca)